

Kolumne



Benjamin Kellerhals Vogel,
Stadtparlamentarier Grüne Winterthur

Die Initiative schwächt Medien

Nerven Sie sich auch manchmal über die eine oder andere Sendung am Schweizer Fernsehen? Über den Kommentator eines Skirennens? Über die mässig lustigen Witze eines Showmasters? Über die überausführlichen Erklärungen eines Meteorologen? Ja, das geht mir auch so. Aber würden Sie deswegen Tausende von SRG-Mitarbeitenden auf die Strasse stellen? Dieses Szenario droht nämlich bei Annahme der SRG-Halbierungsinitiative («200 Franken sind genug»). Und damit verbunden natürlich ein massiver Abbau von vielfältigsten Leistungen, welche die SRG heute tagtäglich in jedem Winkel der Schweiz in allen vier Landessprachen erbringt: zum Beispiel fundierte Reportagen von nah und fern, Fussballmatch-

Zusammenfassungen von Champions über Challenge bis Woman's Super League, Schweizer Serien wie «Tschuggen», Spielfilme wie «Zwingli», unabhängige politische Informations- und Diskussionssendungen und vieles mehr. Die SRG ist für alle da und spielt eine ganz wichtige Rolle für den Zusammenhalt und die kulturelle Identität der Schweiz und für das Funktionieren unserer direkten Demokratie. Wird die SRG – wie von der Halbierungsinitiative verlangt – massiv geschwächt, schwächt dies das ganze Schweizer Mediensystem. Und dies alles, um pro Haushalt gegenüber dem heutigen Beitrag gerade mal 135 Franken pro Jahr oder 37 Rappen pro Tag einsparen zu können? Ich sage Ja zu seriösem Schweizer Journalismus und am 8. März Nein zur radikalen SRG-Halbierungsinitiative!

Forum

Ihre Meinung zum Thema?
Diskutieren Sie mit und
schreiben Sie uns an:
echo@winterthurer-zeitung.ch



Steuereinnahmen und Schulden sollen sich die Waage halten, fordert eine Initiative.

Bild: KI

Sparen oder Investieren?

Der Stadtrat weiss nicht mehr wo sparen und lehnt die FDP-Initiative zum Schuldenabbau ab.

Finanzpolitik Die Stadt Winterthur ächzt unter dem hohen Schuldenberg. Aktuell ist er 1,07 Milliarden Franken schwer und führt zu jährlich rund 20 Millionen Franken Zinsen. Höher ist die Schuld nur noch in der Stadt Zürich mit 4,6 Milliarden, was sie auf grosse Investitionen in die Infrastruktur zurückführt. «Nachhaltigkeit auch bei den Finanzen», fordert die FDP in Winterthur und hat eine Volksinitiative lanciert, um den Schuldenberg abzubauen. Der Nettoverschuldungsquotient von heute 212,4 Prozent soll schrittweise auf 100 Prozent gesenkt werden. Die Schulden sollen also nicht höher sein als die jährlichen Steuereinnahmen der Stadt, inklusive Ressourcenausgleich. Dieses Ziel soll ohne Steuererhöhung bis im Jahr 2050 erreicht werden. Im Initiativtext heisst es, die Verschuldung soll im Zeitraum von acht Jahren jeweils um 200 bis 300 Millionen Franken reduziert werden. Das entspricht rund 30 Millionen Franken pro Jahr. Nun hat der Stadt-

rat die Initiative zwar für gültig erklärt, lehnt sie aber ab. Er weiss schlicht nicht mehr, wo er den Rotstift ansetzen soll. In der wachsenden Stadt sei es heute schon eine Herausforderung, die Neuverschuldung moderat zu halten. Käme die Initiative durch, sähe die Stadt zwei Möglichkeiten, Ausgaben zu kürzen.

Hoher Investitionsbedarf

Einerseits bei den laufenden Ausgaben: Hier habe die Stadt aber wenig Spielraum, weil ein grosser Teil der jährlichen 2,1 Milliarden Franken durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben sei. So etwa die Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, die Pflegefinanzierung oder die Löhne der Lehrpersonen. Kürzungen seien nur bei freiwilligen Leistungen wie Kultur, familienergänzende Kinderbetreuung oder Sport möglich. Dafür wendet Winterthur jährlich rund 85 Millionen Franken auf. Die Stadt warnt: «Die von der Initiative geforderte Kürzung hätte starke Einschränkungen bei den städtischen Leistungen zur Folge.» Die zweite Möglichkeit für Kürzungen sei bei den Investitionen. Doch in Winterthur stehen grosse Infrastrukturprojekte an. In den kommenden vier Jahren sind Investitionen von durchschnittlich 350 Millionen Franken pro Jahr geplant. Besonders ins Gewicht fallen die Sanierungen der Kehrrichtverwertungsanlage und der Abwasserreinigungsanlage oder die Schaffung von neuem Schulraum. «Um die Schulden im geforderten Umfang abzubauen, müssten die In-

vestitionsausgaben auf jährlich rund 85 Millionen Franken beschränkt werden – ein Bruchteil des heute geplanten Umfangs», so die Stadt. Die Initiative, heisst es bei der Stadt, hätte «gravierende Auswirkungen auf die Lebensqualität und würde die weitere Entwicklung gefährden». Mit der Antwort stösst der Stadtrat bei der FDP auf Unverständnis. Für die Partei ist sparen und gleichzeitiges Investieren kein Widerspruch. «Die Initiative gefährdet weder Investitionen noch die Entwicklung der Stadt. Im Gegenteil: Nur mit stabilen und nachhaltigen Stadtfinanzen bleibt Winterthur langfristig investitions- und handlungsfähig», so die FDP. spo

«Die Initiative hätte gravierende Auswirkungen»

Winterthurer Stadtrat

vestitionsausgaben auf jährlich rund 85 Millionen Franken beschränkt werden – ein Bruchteil des heute geplanten Umfangs», so die Stadt. Die Initiative, heisst es bei der Stadt, hätte «gravierende Auswirkungen auf die Lebensqualität und würde die weitere Entwicklung gefährden». Mit der Antwort stösst der Stadtrat bei der FDP auf Unverständnis. Für die Partei ist sparen und gleichzeitiges Investieren kein Widerspruch. «Die Initiative gefährdet weder Investitionen noch die Entwicklung der Stadt. Im Gegenteil: Nur mit stabilen und nachhaltigen Stadtfinanzen bleibt Winterthur langfristig investitions- und handlungsfähig», so die FDP. spo